

spielt und der Schmutz und Unrat, die charakteristischen Zeichen des sittlichen und intellektuellen Verfalls der herrschenden Klasse, wäre vor den Blicken der Öffentlichkeit sorgfältig behütet worden.

Und das ist ja der Zweck der Übung. Die herrschende Klasse flüchtet aus der Öffentlichkeit ins Dunkel. Die Taten ihrer Schergen, die Kämpfer, die Verführer und die Verblödeten ihrer Glieder vertragen das Licht nicht. Die Decke des Schweigens über den Sumpf. Den Mundschwebel für die Kritik! Das böse Gewissen einer Klasse, die ihren eignen Verfall sieht und riecht, die um ihre Herrschaft bangt, verrät sich in diesem brutalen Mitleid auf eine der wichtigsten Garantien des Rechts.

Arbeiterpolitik.

Auf dem Nürnberger Parteitag haben die Wortführer der südlichen Klassen Budgetbewilliger vor allem auf die Vorteile hingewiesen, die sie den im Dienste des Staates stehenden Arbeitern erkämpft haben; zur Sicherung dieser Vorteile sei es dann notwendig gewesen, die Mittel zu bewilligen, aus denen sie bezahlt werden könnten. Sie haben nicht bemerkt, daß gerade durch die Verknüpfung mit der Budgetbewilligung ihre Arbeiterpolitik an Stelle eines sozialdemokratischen einen ganz andern, einen bürgerlichen Charakter bekam.

Wir treiben Arbeiterpolitik, Massenpolitik. Jede Klasse treibt Klassenpolitik, wenn sie es auch unter solche Ausdrücke wie Gemeinwohl und Prinzipienkampf verpacken mag. Aber zwischen Klassenpolitik und Massenpolitik ist zu unterscheiden. Jede Klasse kämpft für ihre unmittelbaren Interessen in dem Sinne einer besseren Lebenshaltung, eines größeren Anteils an dem gesellschaftlichen Arbeitsertrag für seine Mitglieder. Aber eine aufsteigende Klasse kämpft noch in einem andern Sinne für ihr Klasseninteresse. Sie kämpft um die Herrschaft im Staate; sie kämpft für eine gesellschaftliche Umwälzung, für eine neue Gesellschaftsordnung, die eine höhere Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht. Ihr Kampf ist ein revolutionärer Kampf. Und damit bekommt ihre Politik einen neuen und höheren Charakter. Aus dem Bewußtsein, daß ein völliger Umbruch der Verhältnisse notwendig ist, daß die alten Zustände unhaltbar sind, daß die ganze Menschheit durch eine Revolution auf eine höhere Entwicklungsstufe gelangen wird, wächst eine Begeisterung, ein Idealismus und eine Hingabe empor, die eine beschränkte Interessenpolitik nie erzeugen könnte. An Stelle der Erregung von Vorteilen werden oft die schwersten Opfer im Dienste des großen Ziels gebracht. So ist die Klassenpolitik einer aufsteigenden Klasse zugleich ein hinreichender Kampf für große Ideale, weil die materiellen Interessen dieser Klasse nicht nur einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Produkt, sondern vor allem eine Revolution der bestehenden Gesellschaftsordnung erfordern.

Das galt früher für die Bourgeoisie, das gilt jetzt in noch höherem Sinne für das Proletariat. Mit dem Unterschied freilich, daß der Massendruck seiner revolutionären Politik früher dem Bürgertum nicht bewußt war, jetzt aber dem Proletariat sehr klar bewußt ist. Das Proletariat stellt seine Klassenpolitik der Bourgeoisie gegenüber. Da das Proletariat die emporstrebende revolutionäre Klasse ist, zeigt sich immer klarer, daß seine Politik vom höchsten Idealismus erfüllt ist, und in Wirklichkeit die höchsten Kulturinteressen der ganzen Menschheit vertritt. Dagegen sank die bürgerliche Politik, die sich als die Vertreterin des Gemeinwohls gebärdet hatte, zu einer Clique- und Gruppenpolitik herab. Für untergehende ausbeutende Klassen gibt es neben dem alle Gruppen einigenden Streben, ihre Herrschaft und Ausbeutung zu erhalten, nur dieses Ziel aller Politik: einen möglichst großen Teil des Mehrwerts auf Kosten der andern Gruppen zu ergattern. Ihre Politik ist Interessenpolitik im niedrigsten Sinne des Wortes geworden.

Dieser Umschwung der bürgerlichen Politik ist die auffallendste Erscheinung der politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte. An Stelle der traditionellen Parteien, die die von ihnen vertretenen Interessen in der Gestalt allgemeiner Anschauungen und Prinzipien auf dem Gebiet der Staats- und Gesellschaftsordnung ausdrücken, treten offene Interessensverbände, die unverhüllt als ihr Ziel angeben, Sonder-

vorteile für sich herauszuschlagen. Sonderrechte für die Bauern, Sonderrechte für die Detailhändler, Sonderrechte für die Beamten, für die Agrarier, für die Wärfel, für diese oder jene Gruppe von Industriellen. Die Politik wird zum Geschäft, zum Schacher, so viel für mich, so viel für dich. Man verbündet sich, nicht um gleichartige politische Forderungen zur Geltung zu bringen, sondern um sich zusammen die Macht zur Ergatterung von Sonderrechten zu verschaffen. Daher sieht man heute auch Bündnisse zwischen Parteien, die man früher für unmöglich gehalten hätte. Der äußeren Form nach erscheint diese Politik als die Politik der Grundlosigkeit, der Prinzipienverleugung.

Wo das Bewußtsein des revolutionären Charakters des Arbeiterkampfes nicht klar und kräftig lebt, tritt nun leicht eine bürgerliche Arbeiterpolitik nach dem Modell der modernen Politik der herrschenden Klassen hervor. Sie stellt sich das Ziel, Sonderrechte für die Arbeiter herauszuschlagen und für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter in ähnlicher Weise einzutreten, wie die bürgerliche Politik für die bürgerlichen Gruppen. Da die revolutionäre Sozialdemokratie auch für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse eintritt, bemerkt man in dem Tageskampf um Reformen meist keine großen Unterschiede, wenn auch der Geist, der diesen Kampf beherrscht, grundverschieden ist. Die revolutionäre Arbeiterpolitik kämpft für Sozialreformen, weil sie das Proletariat kräftigen und der herrschenden Klasse abgerungenen Machtpositionen darstellt; die bürgerliche Arbeiterpolitik kämpft dafür, weil man die Arbeitermassen dadurch zu sich heranzieht, daß man ihnen Vorteile erkämpft. Die revolutionäre Arbeiterpolitik beansprucht die Stimmen der Arbeiterwähler für sich, weil sie für das Proletariat energisch gegen die unterdrückenden, ausbeutenden, regierenden Klassen gekämpft hat; die bürgerliche Arbeiterpolitik, weil sie die unmittelbaren Interessen der Wähler gut vertreten hat. Die revolutionäre Arbeiterpolitik sieht in andern, sogenannten Volksparteien die schlimmsten Feinde des Proletariats, die bürgerliche Arbeiterpolitik sieht in ihnen gefährliche Konkurrenten, Nebenbuhler um die Gunst der Massen. Im Kampf für Reformen, für Aufbesserung der Gehälter der Staatsarbeiter, für Freiheiten und Rechte, gegen die andern Parteien stimmen die beiden Arten von Arbeiterpolitik überein. Aber dennoch trennt sie eine tiefe Kluft, die Kluft, die zwischen Budgetverweigerung und Budgetbewilligung liegt.

Der Standpunkt der bürgerlichen Arbeiterpolitik ist die Budgetbewilligung die Krönung des Werks der errungenen Verbesserungen; die Budgetverweigerung bleibt für die Fälle aufbewahrt, wo Regierung oder Mehrheit sich zu keinen Zugeständnissen bequemen wollen. Wer den revolutionären Charakter des proletarischen Kampfes nicht versteht und alle Politik in dem bürgerlichen Sinne, als ein Herausziehen von Sonderrechten aufweist, wird gar nicht verstehen, weshalb man die Gelder verweigert, nachdem man zuerst Vorteile errungen hat. Die Budgetverweigerung gehört dagegen zu der revolutionären Arbeiterpolitik, die in jeder Verbesserung nur ein Mittel sieht, den Kampf für unsere großen Ziele um so besser zu führen, und daher vor allem dem Proletariat das Bewußtsein beibringen will, daß die herrschenden Klassen trotz aller Zugeständnisse die Feinde und die Ausbeuter bleiben, die völlig niedergekämpft werden müssen.

Hus der Partei.

Genosse Staudinger schreibt uns:
Leipzig, 25. September 1908. Kreisstr. 28, II.
Sehr geehrte Redaktion!

In der gestrigen Nummer befaßt sich die Volkszeitung unter der Rubrik: Aus der Partei mit meinem Artikel über den Parteitag. Soweit die Redaktion mit meiner vertretenen Tendenz nicht einverstanden ist und sie dementsprechend polemisiert, habe ich dagegen nichts einzuwenden. Wenn mein Artikel so eingehend indiziert wurde, hätte es nicht geschadet, wenn in der Volkszeitung bemerkt worden wäre, daß ich die Haltung der Süddeutschen in Nürnberg scharf kritisierte, und zwar wegen der angebotenen Freemung.

Nun schreibt die Volkszeitung, es sei noch nicht lange her, daß ich mir die Leitartikel von ihren Redakteuren schrei-

„Zaul“

„Und hier hast du zwei Groschen. Gib aber deiner Schwester was davon ab. Willst du? Ich werde danach fragen.“

„Ja!“ antwortete Hein, nahm die Pantoffeln in die Hand und lief barfuß über Gählers Platz den Weg entlang nach Hans Hansens.

Da gehen ein paar Schweine drauf, dachte der Schweinepriester. Aber das macht nichts, das muß sich helfen. Es wird noch mehr draufgehen, Matthes mitn Schwung und ich, wir werden bluten müssen — es wird nicht anders gehen. Das muß hingenommen werden. Heinrich Bruhn und Marie dürfen nichts wissen. Soviel kenne ich meinen Antzbruder: der würde, und sollte auch sein und seiner Frau Herz darüber brechen, die Partie aufgeben. — Laß dich nicht gelüsten! Du sollst nicht begehen deines Nächsten Weib! Junge, Junge, Hein, was bist du eigentlich für ein Teepott!

Er und der Waggubund gingen nach dem Markt, wo Josef Meier seinen Laden hatte.

Den Augug will ich ihm schenken — dachte er — als sie in den Laden traten, das andere mir noch überlegen. Was geht den Schweinepriester Heinrich Bruhns Liede an? Aber nach zwei Jügen Rauch war er anderen Sinnes. Ich wills doch tun. Es wird freilich nicht nur ein paar Schweine, es wird ein paar Waggon kosten. Aber das soll nichts machen.

Er steckte die Pfeife in die Tasche und preßte die weichen Rippen aufeinander. Fest — und doch stahl sich ein Lächeln in die Ecken. Er verlor Woche für Woche ein paar tausend Schweine für das Schlachthaus, aber der Name Marie Schott schürzte noch immer den ein bißchen speckig aussehenden Mund.

Er ging mit dem Handstreicher von dannen, kaufte ihm Wäsche, kaufte ihm Kleider, ging mit ihm nach dem Bad. Und als der Wiedergeborene im Bade lag, beforgte er einen Teller Butterbrot und ein Glas Portwein. „Er ist flau,“ sprach er für sich, „er muß gleich einen Imbiß haben.“

(Fortsetzung folgt.)

ben ließ. Diese Behauptung grenzt an Größentwahn. Die Leipziger Genossen wissen nun, was ich für ein unfähiger Neel in meiner Stellung bin, denn ohne die Redakteure in der Tauchaer Straße würde es mir ja an Leitartikeln mangeln. Also nicht schlecht gedrückt. Lassen wir wahrheitsgetreu diese Leitartikel einmal aufmarschieren.

Vor etwa 3½ Jahren wurde ich von einem Genossen gebeten, ein Student, nennen wir ihn A., wolle mir etliche Artikel über: Kartelle und Trusts schreiben. Aus rein menschlichen Gründen erteilte ich keine Absage. Als Genosse A. später in die Volkszeitung eintrat, bot er mir noch zwei Artikel an; ich lehnte dieselben ebenfalls nicht ab. Ein Student, der nicht mit Blindgütern gesegnet ist, ist wahrscheinlich froh, wenn ihm auf diese Weise Gelegenheit gegeben ist, sein Fortkommen leichter zuzufinden. Ob es höflich ist, daß mir dieses Wohlwollen dementsprechend vergolten wird, überlasse ich den Lesern selbst zu entscheiden.

Der Redakteur B. bot mir vor Jahren einen Artikel über eine Gerichtsentscheidung an. Der Beitrag wurde angenommen, ein weiterer ebenfalls. Wenn B. sich demgemäß als Mitarbeiter betätigen konnte, so geschähe das auf sein Ansuchen hin. — Leitartikel am Steinarbeiter zu sein ist dem Genossen W. nicht passiert.

Der Redakteur C. wurde allerdings von mir aufgefordert, indem ich in ein Streitgebiet absteigen mußte, zwei Artikel zu schreiben. Es mag vor 2½ Jahren gewesen sein. Krankheits halber vermag ich die genaue Datierung nicht anzugeben. Der eine Artikel war scharf, er behandelte das Problem des Massenstreiks, der andre war noch viel scharfer. Die robusten Stellen, die ich nicht verantworten konnte, merzte ich aus und setzte meine dementsprechenden Gedankenengänge ein. Das ärgerte C. ganz gewaltig. Ich sprach allerdings kurz mit C., wie inhaltlich die beiden Artikel gehalten werden sollten. Die Worte: „die Artikel können nicht scharf genug sein, nur tüchtig drauf“, sind nicht gefallen. Es wäre ja sonst auch Ansturm gewesen, dementsprechende Streichungen vorzunehmen. Oder glaubt denn C., daß ich mich demütig in das Fangeisen eines politischen Redakteurs begeben?

Seit meiner sechsjährigen Tätigkeit am Steinarbeiter habe ich etwa vier Leitartikel veröffentlicht, die von Genossen der Volkszeitungsredaktion verfaßt wurden. Das muß man der gestrigen Notiz gegen meine Benennung lassen, aufzupunkt ist sie ganz nett. Wenn ich bei mir wieder ein Genosse wegen Mitarbeit herandrängt, werde ich vorsichtiger sein, denn Mund ist der Welt Lohn.

Wenn ich aber selbst einen Genossen zur Mitarbeit aufordere, an jeder Zeitung wird das geschehen, an einem Akademiker verfuhr ich es nicht mehr. — Einmal und das genügt mir.

Es scheint in der Volkszeitung notorisch zu werden, wer nicht sachlich zu bekämpfen ist, muß persönlich als Angriffsziel dienen. Ich habe insbesondere festgehalten, in den letzten acht Wochen hat die Volkszeitung wegen der Jugendorganisation scharf polemisiert, in Nürnberg aber schwiegen ihre zwei Redakteure zu dieser Frage. Schöne Bekehrungsstücke, nicht wahr?

Ob ich früher im radikalen Lager stand und gegen die Generalkommission einigemal frontierte, ist meine ureigentliche Angelegenheit, indem ich nicht gewohnt bin, mir von irgend welcher Seite einen Maulkorb anhängen zu lassen.

Mit Parteigrüß

Klois Staudinger.

Mit andern Worten: der Genosse Staudinger muß zugehen, daß er wiederholt von den Redakteuren der Volkszeitung Artikel für sein Blatt erbeten und angenommen hat, von denselben Redakteuren, die er jetzt als „lärmende Schreier“, als „unterkontrollierte Fremde gegen die Gewerkschaftsbewegung“, als „Aravallbrüder“, als „siamische Zwillinge“ usw. verhöhnt, über deren „burleske Stillschaltungen“ er nicht genug spotten kann. Die verlegenen Redaktionen, mit denen er diesen Tatbestand zu beschönigen versucht, die „rein menschlichen Gründe“, die ihm jetzt mit „Mundart“ vergolten werden, wird man ebenso zu würdigen wissen, wie den demagogischen Seitenhieb auf die „Akademiker“.

Ein Wort über die Frage der Jugendorganisationen in Nürnberg. Der Genosse Schieb-Leipzig wurde in die Kommission über die Jugendorganisationen delegiert, und er hat dort den Leipziger Standpunkt mit Nachdruck vertreten. Der getroffenen Vereinbarung stimmte er zu, wie ihr auch die übrigen Leipziger Delegierten zustimmten, was sie um so leichter konnten, da die Interpretation, die Genosse Müller der Gomburger Resolution gab, schon die schlimmsten Spigen abgebrochen hatte. Im Moment fand eine Debatte über die Jugendorganisation, die schon an der schließenden Zeit ihre Schranken gefunden hätte, dann auch überhaupt nicht statt.

Wenn sich nun gar der Genosse Staudinger als ein Mann hinstellt, der sachlich nicht zu bekämpfen ist, und der uns deshalb „persönlich als Angriffsziel“ dienen muß, so ist gerade das Gegenteil richtig. An der Parteiversammlung des 12. Kreises, wo Staudinger für die Budgetbewilliger eintrat, ist ihm Genosse Leusch in der sachlichsten Weise entgegengetreten, wie Genosse Staudinger später selber anerkannt hat. Die Antwort war der höflichste, persönliche Artikel Staudingers gegen die Leipziger Volkszeitung und ihre Redakteure.

Wenn der Genosse Staudinger die von ihm gebrauchte Wendung: „Die Artikel können gar nicht scharf genug sein, nur tüchtig drauf!“ jetzt bekennt, so ist das nur ein bedauerliches Zeichen für sein schlechtestes Gedächtnis.

Soziale Rundschau.

Die Chemnitzer Handelskammer und ihre Herren Berichterhalter.

-e- Vor einem Jahre haben die kapitalgewaltigen Prägenel-Fabrikanten von Annaberg-Buchholz diejenigen ihrer Arbeiter rücksichtslos ausgesperrt, die sich der Organisation, dem deutschen Buchbinderverband angeschlossen hatten. In dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht der Chemnitzer Handelskammer wird diese brutale Aussperrung zu einem „von Agitatoren inszenierten Streik“ gestempelt. Diese „objektive“ Berichterstattung gab dem Gausleiter des deutschen Buchbinderverbandes Veranlassung, sich beschwerdeführend an den Vorsitzenden der Chemnitzer Handelskammer zu wenden. Die Antwort ist nach verschiedenen Seiten so interessant, daß wir sie im öffentlichen Interesse wörtlich folgen lassen:

„Von Ihrer an den mitunterzeichneten Vorsitzenden gerichteten Beschwerde vom 11. September dieses Jahres haben wir Kenntnis genommen; wir müssen Ihnen jedoch mitteilen, daß wir es ablehnen müssen, auf dieselbe näher einzugehen, indem wir Sie auf die Vorbemerkung zum Teil II unseres Jahresberichts verweisen. Dasselbe ist ausbrüchlich gesagt, daß die Handelskammer eine Verantwortlichkeit für die Einzeldarstellungen dieses II. Teiles ihres Jahresberichts nicht zu übernehmen vermag, sondern sie den Herren Berichterstattern überlassen muß, deren Auslassungen mehr oder weniger ungedruckt Aufnahme gefunden haben.“

Chemnitz, den 19. September 1908.

Die Handelskammer.

Philipp, Vorsitzender. Dr. Hofbach, Syndikus.
Nach unserer Meinung hat sich die Chemnitzer Handelskammer mit dieser Auslassung einen guten Dienst nicht geleistet. Sie selbst hat doch den Wunsch, daß ihren Jahresberichten We-